

Uwe Höhn
Mitglied des Thüringer Landtages
Vorsitzender der SPD-Fraktion



SPD-Landtagsfraktion Thüringen · Jürgen-Fuchs-Straße 1 · 99096 Erfurt

Herrn
Daniel Schwartz
Vielfalt Leben – QueerWeg Verein e.V.
Carl-von-Ossietzky-Straße 36a
99423 Weimar

Erfurt, 1. Juli 2011

Ihr Schreiben vom 27.5.2011: Wahlprüfsteine Nachgefragt

Sehr geehrter Herr Schwartz,
zunächst möchte ich Ihnen herzlich für Ihr oben genanntes Schreiben danken. Ihre Initiative, es nicht bei Wahlprüfsteinen und deren Beantwortung durch die Thüringer Parteien bewenden zu lassen, sondern während der neuen Legislaturperiode noch einmal „nachzuhaken“, begrüße ich ausdrücklich. Namens meiner Fraktion beantworte ich daher gerne Ihre Fragen.

Fragen 1 und 2: Bildungspolitik

Gemeinsam mit dem nun SPD-geführten Bildungsministerium hat unsere Fraktion die an den Thüringer Schulen verwendeten Unterrichtsmaterialien im Hinblick auf das dort vermittelte Bild von menschlicher Sexualität und sexueller Vielfalt geprüft. Zudem haben wir uns im Mai 2010 im Bildungsausschuss des Landtags eingehend mit der Thematik befasst. Dabei sind wir zu folgender Einschätzung gelangt:

In den Thüringer Lehrplänen sind in einigen Fächern der weiterführenden Schulen konkrete Ansatzpunkte für eine Befassung mit Homosexualität und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Unterricht angelegt. Dies trifft z.B. in der Regelschule und im Gymnasium auf die Fächer Biologie, Ethik, Sozialkunde und Evangelische sowie Katholische Religionslehre zu. Das Thema Sexualität mit seinen unterschiedlichen Facetten wird darüber hinaus in den Thüringer Lehrplänen in den verschiedenen Klassenstufen und Fächern als singuläres Unterrichtsthema und fächerübergreifend über alle Klassenstufen unterrichtet. Akuten Handlungsbedarf im Hinblick auf Änderungen der Thüringer Lehrpläne sehen wir daher nicht.

Im Rahmen des Entwicklungsvorhabens „Eigenverantwortliche Schule“ und der pädagogischen Freiheit bzw. Verantwortung des Lehrers steht es zudem der einzelnen Schule bzw. dem einzelnen Lehrer frei, außerschulische Partner in die Schule einzuladen. Damit wird sichergestellt, dass ein lebensnaher Zugang zur Thematik gleichgeschlechtlicher Lebensweisen ermöglicht wird. Schulen können hierfür finanzielle Unterstützung beantragen („Richtlinie zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Maßnahmen“).

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 31
Telefax: (0361) 3 77 24 17

Wahlkreisbüro
Apothekergasse 5
98646 Hildburghausen
Telefon: (03685) 41 91 780
Telefax: (03685) 41 91 790

E-Mail: uwe.hoehn@spd-thl.de
Internet: www.uwe-hoehn.de

Homosexualität und die Vielfalt menschlicher Lebensweisen werden nicht allein in den in Thüringen zugelassenen Schulbüchern der Unterrichtsfächer Biologie, Ethik und Sozialkunde behandelt. Die Schulen können auch auf umfangreiche, kostenfreie Informationen und unterrichtsbegleitende Materialien beispielsweise der BZgA zurückgreifen.

Das Bildungsministerium bewirbt diese Materialien regelmäßig und informiert die Schulen über den neuesten Stand, beispielsweise durch den „Rundbrief des TMBWK“.

zu Frage 3:

Erweiterung Artikel 3 GG: es gibt verschiedene Initiativen, den Artikel 3 GG um die Formulierung „sexuelle Identität“ zu erweitern. Welche Position nimmt hier Ihre Thüringer Fraktion ein? Wie und mit welchen Argumenten würden Sie im Bundesrat entscheiden, wenn es zu einem Grundgesetzesänderungsverfahren kommen würde?

Die Fraktion der SPD unterstützt die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben sowie transsexuellen Menschen. Die Verabschiedung des Antidiskriminierungsgesetzes im Bund wurde vor allem auch auf Druck der SPD erreicht.

Die Verfassung des Freistaats Thüringens beinhaltet in Artikel 2 ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der „sexuellen Orientierung“. Auch die Grundrechtecharta der Europäischen Union beinhaltet ausdrücklich ein Diskriminierungsverbot aufgrund der „sexuellen Ausrichtung“. Eine Ergänzung des Artikel 3 des Grundgesetzes um ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung würde somit aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion zu mehr Stringenz zwischen der Verfassung Thüringens, des Grundgesetzes und der Grundrechtecharta der Europäischen Union führen.

Brigitte Zypries (SPD), Justizministerin von 2002 bis 2009 spricht sich seit langem für eine Ergänzung des Artikel 3 des Grundgesetzes aus. Dieses Engagement wird von Thüringen begrüßt und unterstützt.

Sollte es im Bundesrat zu einer Initiative zur Grundgesetzänderung kommen, so würde die SPD-Fraktion diese Initiative unter anderem mit Verweis auf die Verfassung des Freistaates Thüringen und die Grundrechtecharta der EU unterstützen.

Die Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen, Transgender und intersexuellen Menschen würden mit der Aufnahme des Kriteriums 'sexuelle Identität' im Katalog der Diskriminierungsverbote besser geschützt werden können. Menschen mit Behinderungen werden ausdrücklich über Artikel 3 Satz 1 GG hinaus noch einmal ausdrücklich in Artikel 3 Satz 3 geschützt. Dies sollte auch für die Gruppe der Homo-, Inter- und Transsexuellen gelten.

zu Frage 4:

Welche weiteren politischen Themenfelder sehen Sie, in denen eine Diskriminierung lesbisch, schwuler, trans- und intersexueller Menschen besteht? Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um diese Diskriminierung zu beseitigen?

Besonders im Bereich des Familien-, Adoptions- und Steuerrechts gibt es Unterschiede zwischen Ehen und Lebenspartnerschaften. Dies betrifft heterosexuelle Paare ebenso wie homosexuelle Paare. Hier hat es bereits zahlreiche Initiativen der SPD gegeben, um diese Bereiche an die Lebenswirklichkeit anzupassen.

Da es sich bei diesen Themen vornehmlich um Bundesrecht handelt, findet die Auseinandersetzung mit diesen Themen nicht so intensiv statt wie mit Themen, die landesrechtliche Regelungen und Gestaltungsmöglichkeiten berühren.

Einer möglichen Diskussion des Artikels 6 des Grundgesetzes um den Bereich Lebenspartnerschaften stehen wir aber offen gegenüber.

Die Fraktion der SPD setzt sich für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft ein. Dies umfasst die Achtung der Rechte aller Menschen, egal welchen Geschlechts, welcher Herkunft oder welcher sexuellen Orientierung.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Höhn
Fraktionsvorsitzender